

IHR UPDATE AUS BERLIN

Abgeordneten-Newsletter: Jan-Wilhelm Pohlmann MdB



AKTUELLES AUS BERLIN

Jan-Wilhelm Pohlmann MdB

Liebe Leserinnen und Leser,

heute erhalten Sie meine Erstausgabe des Newsletters „Ihr Update aus Berlin“. Mit meinem Newsletter möchte ich Sie zukünftig monatlich nach den Sitzungswochen über die aktuellen Themen aus dem Deutschen Bundestag informieren. Des Weiteren will ich mit dem Newsletter auch über meine Wahlkreisarbeit berichten.

Nutzen Sie gerne auch darüber hinaus die Möglichkeit bei Fragen und Anregungen gerne direkt mit mir in den Kontakt zu treten. Meine Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite dieses Newsletters.

Im Oktober durfte ich meine erste Rede im Deutschen Bundestag halten. Dieses war für mich persönlich ein besonderer Moment, welcher mich mit großer Demut und Freude erfüllt hat. Ich durfte zu dem Artikelgesetz „Militärische Sicherheit“ sprechen. Hierzu finden Sie auch weitere Informationen in meinem Newsletter.

Herzlich

Ihr Jan-Wilhelm Pohlmann

DIESE AUSGABE ENTHÄLT:

1. Seite:
Aktuelles aus Berlin
2. Seite:
Militärische Sicherheit
3. Seite:
Neues
Wehrdienstmodell
4. Seite:
Infrastruktur, Rente u.
Grundsicherung
5. Seite:
Besucherfahrt nach
Berlin

WER SICHERHEIT WILL, MUSS SICHERHEITSKRÄFTE AUSSTATTEN



Aufgrund der geänderten Bedrohungslage wurde im Oktober das „Artikelgesetz zur militärischen Sicherheit“ in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Mit dem Gesetzesentwurf werden die Befugnisse des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) erweitert. Beispielsweise mit mehr Befugnissen im Cyber- und IT-Bereich, erweiterten Auskunftsrechten. Aber auch in Hinblick auf die Brigade in Lüttich wurde das MAD-Gesetz aufgrund des Auftrages im Ausland angepasst. Wichtig ist uns dabei die Soldatinnen und Soldaten in der Brigade Lüttich zu schützen.

Um unsere eigene Sicherheit zu garantieren, braucht es zukünftig mehr Soldatinnen und Soldaten. Der Gesetzesentwurf sieht deshalb vor, dass Bundeswehrschutzgesetz zu reformieren. Zukünftig wird mit der erweiterten Sicherheitsüberprüfung das bürokratische und sehr zeitintensive Verfahren für die Soldateneinstellungsüberprüfung vereinfacht. Damit werden die Einstellungsverfahren schneller, obgleich selbstverständlich weiterhin auch auf die Qualität und Sicherheit geachtet wird.

Des Weiteren werden die Kompetenzen der Feldjäger mit dem Gesetzesentwurf erweitert. Gerade bei den Feldjägern sehen wir jedoch über den Gesetzesentwurf hinaus noch Handlungsbedarf. Es geht darum den Feldjägern weitere notwendige Befugnisse zukommen zu lassen, um ihren Auftrag gerecht werden zu können. Hier werden wir in den nächsten Wochen mit Hochdruck dran arbeiten, dass es in diesem Zusammenhang ein umfassendes Feldjägergesetz geben wird, was die Kompetenzen klärt und die Zusammenarbeit zwischen Militärschutz und Zivilschutz deutlich stärkt. Das habe ich auch in meiner Rede zur Einbringung des Gesetzes im Deutschen Bundestag sehr deutlich gemacht. Meine Rede finden Sie auch auf meiner Homepage.



EIN STARKES SIGNAL FÜR DEUTSCHLANDS SICHERHEIT UND ZUSAMMENHALT

Mit dem neuen Wehrdienstmodell wollten wir ein klares Zeichen setzen: Deutschland steht für Sicherheit, Verlässlichkeit und Verantwortung – nach innen wie nach außen. CDU/CSU und SPD hatten sich eigentlich [vor dem Rückzug unseres Koalitionspartners] auf ein ausgewogenes Konzept geeinigt, das unsere Wehrhaftigkeit stärkt, ohne die Prinzipien von Freiwilligkeit und parlamentarischer Kontrolle aufzugeben.

In Zeiten wachsender sicherheitspolitischer Herausforderungen ist es unsere Pflicht, die Bundeswehr personell und strukturell so aufzustellen, dass sie ihre Aufgaben im Bündnis verlässlich erfüllen kann. Das Modell sollte auf Freiwilligkeit, Attraktivität und Bürgernähe setzen und gleichzeitig ein stufenweises System schaffen, das im Bedarfsfall auch verpflichtende Elemente vorsieht – aber stets mit parlamentarischer Zustimmung und klarer Verhältnismäßigkeit.

Konkret heißt das: Zunächst setzen wir auf engagierte Freiwillige. Sollte diese Freiwilligkeit nicht ausreichen, erachten wir als Union einen „Plan B“ als notwendig – ein stufenweises Vorgehen, bei dem im Bedarfsfall Männer für den Wehrdienst verpflichtet werden könnten. Dies ermöglicht dem Land, schnell und pragmatisch zu reagieren und die Aufwuchsziele der Bundeswehr zu erreichen, um nicht am Ende und in Not blank dazustehen. Wir werden daher in den Ausschusssitzungen weiterhin auf einer Lösung pochen, die Sicherheit, Verlässlichkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalt garantiert.

So stellen wir sicher, dass die Bundeswehr auf einem stabilen Fundament aus motivierten Bürgerinnen und Bürgern bauen kann – und Deutschland jederzeit handlungsfähig bleibt.



„DER KOALITIONSAUSSCHUSS HAT WICHTIGE WEICHEN FÜR INFRASTRUKTUR, RENTE UND GRUNDSICHERUNG GESTELLT“

Starke Verkehrswege für ein modernes Land

Deutschland macht Tempo beim Ausbau seiner Infrastruktur: 166 Milliarden Euro fließen in Straßen, Schienen und Brücken – so viel wie noch nie. Der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ bleibt bestehen, wird aber nicht eingeschränkt. Die Aussage des Bundeskanzlers bringt unsere Forderungen auf den Punkt: „Alles, was baureif ist, soll gebaut werden.“ Das ist auch für Nordhessen und die dort geplanten Arbeiten an der Bundesautobahn A 44 sowie an der Berghäuser Brücke von großer Bedeutung.

Rente mit Zukunft

Das neu vereinbarte Rentenpaket 2025 sichert das Rentenniveau und stärkt die betriebliche sowie die private Vorsorge. Ein zentraler Baustein ist die Aktivrente: Wer über die Regelaltersgrenze hinaus arbeitet, darf ab 2026 bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei hinzuverdienen. Ergänzt wird das Paket durch Verbesserungen bei der Mütterrente, der Betriebsrente und eine geplante Frühstartrente. Auch die private Altersvorsorge – die Nachfolge der Riester-Rente – soll noch 2025 neu geregelt werden.

Neue Grundsicherung: Fördern und Fordern

Das Bürgergeld wird zu einer modernen Grundsicherung weiterentwickelt, die schneller in Arbeit führt. Künftig soll es verbindliche Erstgespräche, klare Kooperationspläne und konsequente Sanktionen bei Pflichtverletzungen geben. Wer arbeiten kann, soll arbeiten – mit mehr Unterstützung bei Qualifizierung, besonders für junge Menschen. Das Schonvermögen soll sich künftig stärker an der Lebensleistung orientieren, während der Missbrauch von Sozialleistungen entschieden bekämpft wird. Ziel ist für uns: mehr Chancen auf Arbeit, weniger Bürokratie und mehr Gerechtigkeit zu schaffen.



BESUCHERFAHRT NACH BERLIN VOM 21. BIS 23. SEPTEMBER

Jan-Wilhelm Pohlmann empfing erstmals nach seiner Wahl in den Bundestag eine Besuchergruppe aus seinem Wahlkreis Waldeck und Kassel während einer Berlinfahrt, die vom Bundespresseamt organisiert wurde. Die Gruppe, mit Teilnehmern im Alter von 18 bis 86 Jahren, besichtigte den Plenarsaal des Bundestags, hörte einen Vortrag über die parlamentarische Arbeit, erkundete die Reichstagskuppel und diskutierte aktuelle Themen.

Neben dem Besuch des Bundesrates und einer Stadtrundfahrt konnten die Teilnehmer Berlin auch selbstständig erkunden. Pohlmann betonte die Bedeutung solcher Fahrten für das Verständnis politischer Prozesse und die Anregungen, die er aus den Gesprächen erhält. Aufgrund von Sparmaßnahmen war dies die einzige BPA-Fahrt für 2025, doch Pohlmann hofft auf drei Fahrten im kommenden Jahr. Interessierte können die Wahlkreisbüros in Korbach und Kassel kontaktieren.

Impressum

Abgeordnetenbüro Pohlmann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/22771945
jan-wilhelm.pohlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Korbach
Hagenstr. 3a
34497 Korbach
Tel.: 05631/6205683
jan-wilhelm.pohlmann.ma04@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kassel
Heinrich-Plett-Straße 39
34132 Kassel
Tel.: 0561/70555436
jan-wilhelm.pohlmann.ma05@bundestag.de